

Eine bürgerliche Aussenpolitik ist nötig

Es vergeht momentan kaum eine Woche, wo nicht Entscheide oder Äusserungen von ausländischen Regierungen die Schweiz unter Druck setzen, um unseren attraktiven Standort dem unattraktiven ausländischen Niveau anzugleichen. Der Bundesrat lässt sich leider zu sehr beeindrucken. Bundesrat Merz gibt mutige Erklärungen ab („Das Bankgeheimnis ist nicht verhandelbar“) und muss diesen Worten ganz andere, nämlich kapitulierende, Taten folgen lassen. Man hört Klagen, die Schweiz habe im Ausland keine „Freunde“ mehr. Das ist einerseits falsch, andererseits auch richtig. Falsch, weil andere Regierungen keine Freunde, sondern Interessenvertreter ihres Landes sind, wie es der Bundesrat für die Schweiz sein sollte. Es geht nicht um Freundschaft, sondern um Lösungen, die im gegenseitigen Interesse liegen. Richtig ist die Feststellung, weil es tatsächlich so ist, dass jetzt, wo wir über Kontakte, Netzwerke im Ausland, Verbündete, verfügen sollten, wir nichts dergleichen haben. Es ist skandalös, dass der englische Premier Brown über Nacht seine Steueroasen dubiosester Sorte wie die Kanalinseln nicht einmal auf eine graue, sondern sogar auf eine weisse Liste manipulieren kann! Es ist heuchlerisch, wie der amerikanische Präsident eine neue internationale Finanzweltmoral fordert, ohne dass er die Praktiken des US-Staats Delaware kritisiert, wo man absolut anonym in ein paar Stunden eine Firma gründen kann – zwecks Steuerhinterziehung! Beide haben Macht. Die Schweiz hat weniger Macht, sie braucht umso mehr Partner. Die Schweiz machte lange keine Aufklärungsarbeit im Ausland, keine Interessenvertretung, keine wirtschaftliche Lobby-Arbeit für unser Land. Aussenministerin Calmy-Rey hat wenig Interesse an mühsamer Kleinarbeit hinter den Kulissen. Sie ist vor allem dort, wo die Kameras sind, nicht immer die entscheidenden Orte. Sie macht Aussenpolitik nur unter humanitären Gesichtspunkten. Die Bürgerlichen unterschätzen die Wichtigkeit der Aussenpolitik. Man kritisiert jeden Politiker, der häufig reist, und sieht nicht, dass Netzwerke in Krisen schon da sein müssen, nicht erst dann verlangt werden können. Aufbau von Netzwerken, Finden von Verbündeten mit gleichen Interessen, Lobbyieren für die Schweiz: alles nötig, aber von den Bürgerlichen vernachlässigt. Man muss sich nicht wundern, wenn eine sozialistische Ministerin keine wirtschaftsfreundliche Aussenpolitik macht! Deshalb müssen die bürgerlichen Parteien erkennen, dass Aussenpolitik in der globalisierten Wirtschaft enorm wichtig ist, zu wichtig, um sie nicht selbst zu gestalten, zu wichtig, um sie vor allem den Linken zu lassen. Auch die Aussenpolitik hat Lehren aus der Krise zu ziehen, hoffentlich die richtigen.

Gerhard Pfister, Nationalrat CVP, Oberägeri

April 2009, Artikel in Zuger Woche